

Halle'sche Zeitung



Landeszeitung für Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen

Abgabe

(Privilegiert 1703)

226 Jahrgang, Nr 42

Montag 18. Februar 1929

Angabenpreis für die spätere Abrechnung 10 Pf., für Familienangehörige 6 Pf. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 20 Pf., 250 Exemplare 30 Pf., 500 Exemplare 40 Pf., 1000 Exemplare 50 Pf., 2000 Exemplare 60 Pf., 3000 Exemplare 70 Pf., 4000 Exemplare 80 Pf., 5000 Exemplare 90 Pf., 6000 Exemplare 100 Pf., 7000 Exemplare 110 Pf., 8000 Exemplare 120 Pf., 9000 Exemplare 130 Pf., 10000 Exemplare 140 Pf., 15000 Exemplare 160 Pf., 20000 Exemplare 180 Pf., 25000 Exemplare 200 Pf., 30000 Exemplare 220 Pf., 35000 Exemplare 240 Pf., 40000 Exemplare 260 Pf., 45000 Exemplare 280 Pf., 50000 Exemplare 300 Pf., 55000 Exemplare 320 Pf., 60000 Exemplare 340 Pf., 65000 Exemplare 360 Pf., 70000 Exemplare 380 Pf., 75000 Exemplare 400 Pf., 80000 Exemplare 420 Pf., 85000 Exemplare 440 Pf., 90000 Exemplare 460 Pf., 95000 Exemplare 480 Pf., 100000 Exemplare 500 Pf.

In Erwartung konkreter Vorschläge

Einigung nur bei Zugeständnissen auf wirtschaftlichem Gebiet

(Telegraphische Meldungen)

Paris, 18. Februar.

Erste Woche der Pariser Sachverständigen-Konferenz war durch eine Debatte über die weltwirtschaftlichen Verhältnisse gekennzeichnet, die naturgemäß die wirtschaftliche Lage Deutschlands besonders Interesse erregte. Sie fand im Mittel- und Westeuropa, wenn sie auch nur als ein Glied in der allgemeinen weltwirtschaftlichen Lage aufzufassen ist. Die hierher gegebene Darstellung, daß es sich hierbei ausschließlich um die Schilderung der deutschen Zahlungsfähigkeit handle, der nun am Montag ein deutsches positives Angebot wurde, ist, wie authentisch verifiziert werden kann, grundlegend.

Die deutsche Zahlungsfähigkeit

überhaupt nicht getraut worden. Die Frage, die alle Beteiligten gemeinsam zu lösen versuchen, ist vielmehr, wie weit man sich bei dem Damesplan in Zukunft erstreckt und wie die wirtschaftliche Lage Deutschlands sich bei dem Einfluß des Damesplanes ändern wird.

Die deutschen Sachverständigen werden auch in Zukunft kaum in sich selbst einen positiven Vorschlag über die deutsche Zahlungsfähigkeit unterbreiten. Es erscheint auch nicht als zweifellos, daß man von anderer Seite mit beratenden Vorschlägen heranzutreten, welche Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet gemacht werden müssen, um es in der Verfertigung, regelmäßig die Jahreszahlungen eines Kriegsentwaffnungsplanes zu leisten. Sollten die Sachverständigen zu feineren Willensäußerungen kommen, so werden sie ihre Arbeiten nicht aufheben und alles muß bei alten bleiben, das heißt, die Fortsetzung des Damesplans. Auch den Politikern ist in diesem Falle nicht gelingen, irgendeine praktische Lösung der Kriegsentwaffnungsfrage zu finden. Gerade aus dieser gemeinsamen Auffassung heraus ergibt sich die richtige,

Kein geschäftliche Anknüpfung

Verhandlungen. Man darf sich also der Erwartung hingeben, daß Verhandlungen in nicht allzu langer Zeit den entscheidenden Eindruck bringen werden, ob eine Einigung überhaupt möglich ist, das heißt, ob von den Sachverständigen ein gemeinsamer Vorschlag den Regierungen unterbreitet werden kann. Über die Verhandlungsfähigkeit ist sich zur Stunde allerdings noch nicht im Klaren.

Reparationsangelegenheiten ist von deutscher Seite für keine Arbeit zu erwarten. Das hindert naturgemäß nicht, deutschen Sachverständigen wiederholt auf gewisse Momente hinzuweisen, die Barthelemy in seinem letzten Bericht nicht berührt hat. Unter diesen Momenten ist besonders die Frage des Reparationsausgleichs. Eine Fülle der zu behandelnden Punkte, wie z. B. die Steuerfrage, das Realeinkommen, unproduktive Ausgaben und andere mehr, war von allierter Seite schon und daraufhin von deutscher Seite behandelt worden.

Die Aussprache

sich im einzelnen so, daß nicht nur von deutscher Seite gehalten wurden, sondern daß sämtliche Teilnehmer sich daran beteiligten. Jeder Versuch, die Unterhaltung auf politische abgelenken, wurde von allen Teilnehmern ängstlich verhindert. Es wäre auch völlig aussichtslos gewesen, da der Vorrede in diesem Falle von seinem Recht der Zurückweisung politischer Aussagen Gebrauch gemacht hätte. Hierin liegt der Beweis, daß Teilnehmer von der Auffassung durchdrungen sind, daß eine wirtschaftliche Entscheidung ausfällt. Auch das Material ist von deutscher oder von anderer Seite nicht vorhanden. Tabellenmaterial wäre in diesem Orientum als unzulässig, ja langweilig empfunden worden.

Die Einbindung blieb es, daß die deutschen Sachverständigen hierin mit größter Offenheit über alle Fragen ihre eigene auch nur jemals den Eindruck zu erwecken, daß sie etwas zu verheimlichen, zu verschleiern oder zu färben auf deutscher Seite ist man auch weiter bemüht, jeden Anzeichen zu vermeiden, als wäre man Anwalt einer bestimmten bestimmten Pläne. Man stellt stets das gemeinschaftliche Problem der Lösung des Gesamtproblems in den Vordergrund. Man erzielt werden, daß nach einer Woche schwerer Arbeit die Lösung zu bemerken ist, wie dies bereits einseitig

Blüthners bewirkt hätten. Aus dem Verlauf der Besprechungen ergab es sich ganz natürlich, daß bisher keine Schlusfolgerungen gezogen wurden und nicht gezogen werden konnten, und daß ferner keinerlei Vorschläge weder von deutscher noch von anderer Seite gemacht wurden.

Keinen für die deutschen Vertreter ist und bleibt der Grundsatz, daß Voraussetzung für deutsche Zahlungen die Steigerung der deutschen Produktion und die der deutschen Kaufkraft sein muß. Wenn Deutschland nicht verdient, wird es nicht zahlen können. Wenn nicht in internationalen Abkommen feste Unterlagen für den Abzug deutscher Waren im Ausland geschaffen werden, kann Deutschland keine bindenden Zusagen machen. Von politischem Standpunkt aus mag die ganze Kriegsentwaffnungsfrage sich anders darstellen, für die in Paris verhandelten Sachverständigen sind nur wirtschaftliche und nicht politische Notwendigkeiten maßgebend.

Das „Journal des Debats“, das am Montag konkrete Vorschläge der deutschen Sachverständigen zu hören hofft, schreibt: Wenn sie sich nicht zu weit von dem entfernten, was man mit Recht von einem anständigen Schuldner erwarten kann, so würde es

Kampfanfrage des Stahlhelm an Braun

Eine Entschließung gegen die Verfolgung der Stahlhelm-Beamten

(Telegraphische Meldungen)

Magdeburg, 18. Februar.

In der am Sonntag unter dem Vorhitz Selbtes stattgefundenen Bundesvorstandssitzung des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

Der preussische Ministerpräsident Braun hat der Öffentlichkeit mitgeteilt, im Zuge der preussischen Staatsregierung werde jetzt ernstlich die Frage erörtert, ob es noch weiter mit der Stellung der Beamten vereinbar sei wenn sie sich aktiv im Stahlhelm betätigen. Er drückt sich dabei auf eine Rundgebung des Stahlhelm, Landesverband Brandenburg, in der dem angeordneten Staatsaufbau Kampf angefaßt wurde, und auf einen Aufseherberichtsartikel der Stahlhelmszeitung, in dem das Verhalten des nationalen Frontsoldaten gegenüber dem früheren Monarchen unterstrichen wurde. Die in Magdeburg zur Bundesvorstandssitzung versammelten Führer des Stahlhelm erklären dazu, daß sie den Kampf um die verfassungsmäßig festgelegten Rechte des Beamtenstands auf freie politische Betätigung

abschlüssig aufnehmen und durchkämpfen werden. Ein Recht, das die sozialistischen Machthaber den Kommunisten einräumen, kann den Beamten, die aktiv im Stahlhelm mitwirken, nicht vorenthalten werden. Ein Kreuzverhältnis, das den jetzigen Republikanten des Reichs, von Hindenburg, an den früheren Monarchen bindet und das ihn zu einem Geburtsrechtsgläubigen ernannt hat, kann den Beamten des Reiches

beliebig unnützlich sein, vom Hotel „George V.“ nach Berlin zu überföhlen. Der deutsche Reichsministerpräsident habe sich flüchtig darauf beschränkt, wenn nicht für die Armee Deutschlands, so wenigstens für die Gesehr zu plädieren, die sich für Deutschland ergeben würde bei der Leistung von Jahreszahlungen, die die Steuerkraft des Landes überschreiten. Die Sachverständigen hätten alle erforderlichen Unterlagen zur Hand und würden selbst ihr Urteil fällen. Möglichenfalls würden sie einander einen Interzessionsversuch empfehlen, aber

sich nach Berlin begeben.

In diesem Falle würde die Lösung schnell erzielt werden können. Das Blatt ist der Auffassung, daß man zu einer Verständigung über eine Anzahl von Jahreszahlungen kommen kann, die ungefähr der an Amerika zu leistenden entsprechen und über eine Höhe der Jahresleistungen, die annähernd derjenigen der normalen Demobilisierung gleichkommen. Die Gläubiger müßten darauf verzichten, den im Damesplan vorgesehene Zahlungen über spielen zu lassen und dem Reich von dem Betrage der Normaldividende die Rest abziehen die ihm der Schuldendienst der amerikanischen Anleihen auflege. Anschließend würde man zu unterfragen haben, wie und in welchem Maße man die so festgelegte Schuld kommercialisieren könne. Falls Dr. Schmidt nur ein wenig guten Willen gezeigt, würden die beiden Operationen parallel miteinander durchgeführt werden können. Schacht wisse, daß er umso günstiger Bedingungen erhalten werde, als ein größerer Anteil der deutschen politischen Schuld in eine Handelsform umgewandelt würde. Er solle nicht bezweifeln, daß die Reichsregierung einer Regelung untergeordnet sei, die spätere Verhandlungen und Einigungen ermöglichen würde. Die ausgearbeitete Lösung müsse ein Werk des guten Glaubens sein.

Die Enteignung deutschen Besitzes in Polen

(Telegraphische Meldung)

Warschau, 18. Februar.

Die halbamtliche „Epoka“ berichtet, daß den polnischen Finanzminister bescheidigten Landaufseherplan für das Jahr 1929 sowie die 17. der im Jahre 1929 der Zwangsenteignung unterliegenden Landesbesitz. Wie natürlich zu erwarten war, werden die deutschen Gebiete Polens auf das härteste betroffen. So entfallen nach dem Plan für 1929 nicht weniger als 100 000 Hektar auf den Posener und 8000 Hektar auf den Grauburger Bezirk. Der diesjährigen Zwangsenteignung unterliegen 8288 Hektar Besitztümern in den Amtsbezirken Ratowitz, Posen und Grauburg. Aus der Liste geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß es sich bei den Aufstellungen um fast ausschließlich gegen das bodenständige Deutschum gerichtete chauvinistische Kampfmaßnahmen handelt, denn von 8288 Hektar entfallen allein 7464 Hektar auf deutschen Besitz. Von insgesamt 24 Grundeigentümern sind nicht weniger als 23 Deutsche. Eine nähere Untersuchung ergibt, daß im Ratowitzer Bezirk 830 Hektar, im Posener Bezirk 1905 Hektar und im Grauburger Bezirk 6080 Hektar deutschen Bodens in diesem Jahre enteignet werden sollen.

Der Wiener Waffenfund

(Telegraphische Meldung)

Wien, 18. Februar.

Auf Grund des Ergebnisses der Hausung der sozialdemokratischen Parteihaus sind gegen den Geschäftsführer der Waffenhandlung des Arbeiterjugendbundes und unbekanntes Läger Strafbefehle eingeleitet worden. Sowohl im Geschäfts- als auch im Aktienkonto des Gewändes der Arbeiterjugend wurden Waffen gefunden. Die Beschlagnahme der Waffen erfolgte, weil sie entgegen den gesetzlichen Bestimmungen vertrieben worden waren und weil ihre Anzahl unermesslich groß war. Die meisten gefundenen Waffen sind Militärwaffen aus dem Kriege. Auch Spaten, Reißzwecken und Leinwand, sowie 700 Dosenjäger mit Drahtschlingen wurden gefunden.

Das Unterhaus nahm eine Ergänzung zum Strafbefehlbescheid in Höhe von 6000 Pfund an. Es handelt sich dabei um die Summe, die Oskar Lauer als Entschädigung für die 13jährige, unerschütterlich vertrieben wurde, bezahlt.

Die Negypfenfahrt des Zeppelins verhindert

Dr. Gdeners Erlaubnisgesuch von der Reichsregierung nicht weitergereicht

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 18. Februar.

Der „Welt-Anzeiger“ veröffentlicht eine ihm von besonderer Seite zugekommene Information, in der es u. a. heißt: Dr. Gdeners sei im Januar beim Verkehrsministerium vorliegend geworden, auf dem üblichen Wege die Erlaubnis einzuholen, das er Ende Februar oder im März mit dem „Graf Zeppelin“ eine Fahrt über ägyptisches Gebiet machen dürfe. Der übliche Weg für eine solche Erlaubnis sei zunächst bei der ägyptischen Regierung und dann durch diese bei der englischen Regierung nachzufinden. Diesen Weg habe aber weder das Verkehrsministerium, noch das damit beauftragte Konsulamt eingeschlagen, vielmehr sei ein inoffizieller Schritt bei inoffiziellen englischen Stellen unternommen worden, um von dort zu hören, die Fahrt des „Graf Zeppelin“ nach Ägypten sei nicht oportuna. Auf Anfrage wurde bejaht, daß in der Tat das von Dr. Gdeners gewünschte offizielle Erlaubnisgesuch weder an die englische noch an die ägyptische Regierung gerichtet worden sei. In Paris sei nach dem Gewöhnlichen erklärt worden, man würde selbstverständlich ein offizielles beifolgendes Gesuch sofort mit größter Freude bewilligen, da Ägypten an der Entscheidung der Zeppelinfahrt ganz besonders interessiert sei. Auf Anfrage in Petro sei bejaht worden, daß kein Erlaubnisgesuch eingegangen sei.

Der „Berliner-Anzeiger“ bemerkt dazu: „Die Angelegenheit hat, wie man leicht erkennen kann, einen politischen

Charakter. Es ist England vielleicht nicht sehr angenehm, daß der Entschluß, bei der großen Weltfahrt durch das Reichsgebiet des „Graf Zeppelin“ auszuweichen, nach Ägypten, die sich in den letzten Jahren so sehr gehoben hat, weiter verbessert wird. Man möchte jedes Jahr nach Friedensschluß immer noch bemerken, daß unter deutschem Ansehen im Orient wieder solche Fortschritte macht, daß es seine ursprüngliche Stärke zurückgewinnt. Dies war bei der inoffiziellen Erlaubnisnahme vorausgesetzt. Ein offizielles Gesuch hätte selbstverständlich die englische Regierung nicht abweisen können, schon weil das eigene Volk ein solches Verbot nicht verstanden hätte. In Sportdingen verfährt der Engländer nur das Gesetz der „Fairness“, und die inoffizielle Vereinbarung, daß ein Gesuch für die Fahrt eines Zeppelins nach Ägypten abgelehnt sei, würde der Mann auf der Straße London niemals verstanden haben. Doch steht jedenfalls, daß die ägyptische Regierung kein Bedenken gegen den Besuch des „Graf Zeppelin“ hat und daß sie die Entscheidung über das Gesuch zunächst aufstellt.

Die Zentralkommission hat die Angelegenheit der 150 Trochsen untersucht, die in Moskau im Januar verhaftet wurden. Die Zentralkommission hat beschlossen, diese Gruppe aus der Partei auszuscheiden und sie aus Moskau nach Sibirien zu verbannen. Die Mitglieder nach Mittelrußland ist ihnen für die nächsten fünf Jahre verboten.

Bereinsnachrichten

Wittungen von Vereinen, Vereinen, Vereinen etc. werden aus dem Zweck nur in 24 bis die Zeit bei Berücksichtigung aufzunehmen

Deutschnationale Volkspartei, Halle-Saalekreis.
Deutschnationale Versammlung. Auf die Sammlung am Mittwoch, dem 20. Februar, abends 8.15 Uhr im Saal des „St. Nikolaus“ wird nochmals hingewiesen. Eingeladene sind alle nationalen Beamten, Redner Landtagsabg. Reichstagsabg. über „Deutschnationale Versammlung“. Eintritt frei.

Am Freitag, dem 22. Februar, abends 8 Uhr findet im „Zentral-Verein“ die große Jahresabschlussversammlung statt. Eingeladene sind alle Mitglieder des Volksvereins bereits per Postkarte eingeladen. Es ist Pflicht jeden Mitgliedes, an dieser Versammlung zu erscheinen. Die Tagesordnung lautet wie folgt: 1. Jahresbericht. 2. Bericht der Kreisprüfer. 3. Entlastung Vorstandes. 4. Vorstandswahl. 5. Vortrag des Landtagsabg. Reichstagsabg. über „Deutschnationale Partei und Stalheim im Kampf gegen ein unheimliches System“. Alle oder neue Mitgliedschaften bringen.

Saalkreis.
Ammerberg. Am Dienstag, dem 22. Februar, abends 8 Uhr spricht im Gasthof Helm der Reichstagsabg. Reichstagsabg. über die Einheiten der Sozialdemokratie an Wirtschaft und Arbeit. Eingeladene sind alle nationalen Beamten. 6. Vortrag des Reichstagsabg. Reichstagsabg. über „Deutschnationale Partei und Stalheim im Kampf gegen ein unheimliches System“. Alle nationalen Beamten sind eingeladen. 7. Vortrag des Reichstagsabg. Reichstagsabg. über „Deutschnationale Partei und Stalheim im Kampf gegen ein unheimliches System“.

Niemberg. Sonntag, dem 24. Februar, nachm. 4 Uhr.
Gasthof Reubner große öffentliche Versammlung. Redner und werden noch bekanntgegeben.
Ammerberg. Im „Goldenen Ring“ spricht am Mittwoch, dem 22. Februar, abends 8 Uhr Reichstagsabg. Reichstagsabg. über „Deutschnationale Partei und Stalheim im Kampf gegen ein unheimliches System“.

Wittum. Am Dienstag, dem 22. Februar, abends 8 Uhr spricht im Gasthof Helm der Reichstagsabg. Reichstagsabg. über die Einheiten der Sozialdemokratie an Wirtschaft und Arbeit. Eingeladene sind alle nationalen Beamten. 6. Vortrag des Reichstagsabg. Reichstagsabg. über „Deutschnationale Partei und Stalheim im Kampf gegen ein unheimliches System“.

London dementiert Flottenabrüstungs-Konferenz

Wird Hoover die Initiative ergreifen?

(Telegraphische Meldung)

London, 18. Februar.

Die an die Erklärung des englischen Botschafters in Washington von einem Teil der englischen wie der amerikanischen Presse getriebenen Hoffnungen auf baldige Wiederleitung englisch-amerikanischer Flottenabrüstungsverhandlungen werden durch ein amtliches Dementi des „Foreign Office“ sehr, das folgenden Wortlaut hat:

„Seit der Erklärung Sir Austen Chamberlains im Unterhaus am 6. Februar, daß die britische Regierung mit einer sorgfältigen Prüfung aller Fragen, die sich auf die Beziehungen mit Amerika und die Flottenverhältnisse beider Länder beschäftigen, befaßt ist, ist kein Schritt in der Lage eingetreten. Die sorgfältige Prüfung wird fortgesetzt. Sobald sie abgeschlossen ist, wird die britische Regierung ihre Ergebnisse den Regierungen der Dominien mitteilen und deren Stellungnahme anfordern. Es ist daher unwahrscheinlich, daß die britische Regierung für einige Zeit in der Lage sein wird, irgendeinen Schritt bei der amerikanischen Regierung zu unternehmen.“

Durch diese Erklärung wird auch die Washingtoner Meldung hinsichtlich abgemildert. Von zuverlässiger Seite verlautet, daß Hoover bald nach Übernahme des Präsidentenamtes sich mit Großbritannien in Verbindung setzen werde, um die Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme der Flottenabrüstungsverhandlungen zu prüfen. In gut unterrichteten Kreisen glaube man, daß Hoovers Schritt durch England günstig aufgenommen werde und zu einer neuen Abrüstungskonferenz vor Ende 1922 führen dürfte.

Im Augenblick ist noch unklar, auf welche Quellen die Berichte über bevorstehende neue englisch-amerikanische Flottenabrüstungsverhandlungen zurückzuführen. Die Erklärung des „Foreign Office“ zeigt aber deutlich, daß alle Spekulationen von baldigen Verhandlungen vollkommen in der Luft stehen. Die Erklärung des britischen Botschafters in Washington war aller Wahrscheinlichkeit

nach von dem Botschafter, nach Berücksichtigung der amerikanischen Kreuzerflotte und nach dem britischen Beschluß, die beiden 10.000-Tonnen-Kreuzer zu bauen, eine freundschaftliche Geste zu machen.

Japan wünscht baldige Konferenz

(Telegraphische Meldung)

Tokio, 18. Februar.

Die japanische Regierung hat den Beschluß gefaßt, durch ihre Botschafter in Washington, London, Paris und Rom die Einberufung einer See-Abbrüstungskonferenz zu unterstützen. Die japanische Regierung schlägt vor, daß die Konferenz am 27. Mai nach Genf einberufen werden soll. Die Verhandlungen der japanischen Regierung mit den Großmächten über den Zeitpunkt werden in der nächsten Zeit fortgesetzt. Wahrscheinlich wird Japan auf dieser Konferenz durch den Marineminister Otsuda und den Admiral Kato vertreten werden.

Paris, 18. Februar.

Was die allgemeine Ansicht der französischen Regierung zur Seeabrüstung angeht, so weist man in besseren Kreisen darauf hin, daß die französische Regierung im Vorbereitenden Abrüstungskonferenz größere Vorschläge gemacht habe und mit der britischen Regierung zu einem Abkommen gekommen sei. Da dieses Abkommen von den Vereinigten Staaten zurückgewiesen worden sei, habe es keine Geltung mehr, und es bleibe der französischen Regierung nur übrig, neue Vorschläge anderer Mächte abzuwarten. Jeder aus London kommende Vorschlag habe Aussicht, in Paris angenommen zu werden, denn obwohl das Abkommen hinsichtlich der See, seien die französisch-englischen Beziehungen im Augenblick so freundschaftlich und eng, daß man in Paris nicht daran zweifeln könne, daß die englischen Vorschläge die berechtigten französischen Wünsche berücksichtigen würden.

Stalheim, Bund der Franzosen, Ostpr. Kreis.
Mittwoch, dem 20. Februar, abends 8 Uhr Sprechabend „Mars-la-Tour“ unter Leitung des Ortsgruppenführers „Wohlfahrt“.

Sonnabend, dem 23. Februar, abends 8 Uhr Kirchgang zum Gedenken der Volkstrauertage. Die Gedenkstunde soll durch den Reichstagsabg. Reichstagsabg. über „Deutschnationale Partei und Stalheim im Kampf gegen ein unheimliches System“.

Wittum. Am Dienstag, dem 22. Februar, abends 8 Uhr spricht im Gasthof Helm der Reichstagsabg. Reichstagsabg. über die Einheiten der Sozialdemokratie an Wirtschaft und Arbeit. Eingeladene sind alle nationalen Beamten. 6. Vortrag des Reichstagsabg. Reichstagsabg. über „Deutschnationale Partei und Stalheim im Kampf gegen ein unheimliches System“.

Mütter schützt eure Kinder
vor Ansteckung, Erkältung, Halsentzündung, Grippe.
durch **Panflavin** PASTILLEN (Acridoliumsalz)



Rudolf Kögel

zum 100jährigen Geburtstag am 18. Februar

Am Todestage Luthers, 283 Jahre später, wurde in dem kleinen, lieblich gelegenen Städtchen Birnbaum in der ehemals preussischen Provinz Posen ein Mann geboren, der nachmals zu den Großen im Reich Gottes und den markantesten Persönlichkeiten in der preussischen Kirchengeschichte gehörte: Rudolf Kögel, der Oberhofprediger und langjährige Seelsorger Kaiser Wilhelms I. Seine Leben und Ansprachen am Sterbetisch Kaiser Wilhelms I. im Jahre 1888 gedruckt, befinden sich noch heute in den Händen ungezählter evangelischer Familien.

Nach der Kunde seinen ersten und bleibenden Eindruck aus dem frommen Pfarrhause seiner Eltern mit ins Leben, so hat unsere Stadt Halle den Namen, die Willkommenshalle des jungen Kögel geweiht zu sein. Hier war er der hervorragende Schüler der Seine und als Pfälzer Altstudent später der größte Schüler zu den frühen August Tholuds, der damaligen Kirche und Leuchte der alma mater Halensis. Tholud war noch länger durrer Zeit des Rationalismus der erste bibelgläubige Theologe an der Universität Halle, der sofort die eminente Begabung des jungen Studenten erkannte und ihn nach einem Jahr zu ihm nach Marburg brachte. Als solcher hat Kögel den kurzzeitigen Professor auf seinen Reisen nach Frankreich und Spanien begleitet. Im letzten Bande lernte Kögel in 4 Wochen fertig spanisch sprechen.

Nach bestandenen ersten Examen wurde Kögel Organistallchor am Städtischen Gymnasium in Dresden, von wo er nach 2 Jahren als Prediger nach Halle in der Provinz Posen ging. Schon hier erregte der junge Prediger durch seine gehaltenen Predigten die Aufmerksamkeit der Kirchenleitung. Kögel als Prediger des Hofes und der geistigen Elite Berlins, so agierte seine geistlichen, mit hinreichender Bereitwilligkeit vorgebrachten Predigten doch nicht minder die Leute des höchsten, einfachen Mittel- und Arbeiterstandes in sein Gotteshaus. In seine Predigten übten einen weit über die Grenzen der Provinz hinausgehenden Einfluß aus, wobei Kögel stets am Beginn des Landtages und später des Reichstages die Öffnungspredigt im Dom oder in der Kathedrale hielt vor den Senatoren des Reichs in Gegenwart des Hofes und des Staats-

ministeriums, so daß man alsobald in deutschen Landen von ihm sprach als „dem Prediger vor Königen und dem König unter den Predigern“.

Unvergesslich war der Eindruck, den der hochgewachsene Mann auf der Dominsel machte, der feinerzeit als Soldat Mitglied des Kaiser-Alexander-Garderegiments gewesen war. Kögels in Dresden erschienenen Predigten zu lesen, ist noch heute ein Genuß. Mit Recht nennt man ihn den größten Prediger des 19. Jahrhunderts.

Beide weitgehenden Einfluß dieser Mann einst im Kaiserthum und in unserer Kirche gehabt, das lese man nach in seiner Biographie, die sein ältester Sohn Wolfried nach des Vaters Tode im Jahre 1906 veröffentlicht hat mit dem Titel: „Rudolf Kögel, sein Werden und Wirken“ (Verlag bei G. S. Mittler & Sohn, Berlin). Nach dem Tode der Kaiserin Auguste im Jahre 1880 brach der starke Mann zusammen. Die gewaltige Arbeit, die er geleistet, hatte seine Kraft verzehrt. Sechs Jahre lang war er ein hilfloser Quaker, der seinen Geliebten das Kreuz nachtrug, nicht ohne aus noch mancher Frucht seines gottgegebenen Leidens zu schöpfen, herrliche Glaubenslieder und vor allem neue Worte Predigten über das Johanns-Evangelium, die zu den schönsten und besten gehören, was die deutsch-evangelische Predigtliteratur hervorgebracht hat.

Man muß aber müde Bürger auf dem Berliner Domfriedhof, die evangelische Kirche aber gegenwärtig Rudolf Kögels als einen der größten Söhne Martin Luthers, unserer Völkse ein gottbegnadeter Prediger und Vorbild tiefgegründeten evangelischen Glaubens, altprediger Königstreue und Junge vergangen deutscher Kaiser-Verzicht.

Konkurrenz kommt immer wieder nach Halle. Ludwig Manzel kommt, Deutschlands beliebtester Rundfunkkonzert, am 23. Februar im Palais Royal 8 Uhr einen herrlichen Abend veranstalten. Wer kennt ihn nicht von Radio, den Schöpfer der unsterblichen Stimme „Königliche Rundfunkkonzert“? Wer hätte noch nicht Zeinen geschätzt über die wunderbaren Töne Pauline, Hermann, Hilps von Anstalts, Großmann und wie sie alle klingen! Aber man muß sich auch gefassen haben, diesen Mann der hundert Stimmen und der hundert Gesichter, wie er ohne jegliche Hilfsmittel ein ganzes Theaterstück allein spielt, oder eine Operette auftritt unter tausenden der Nachahmung aller Stimmen und Instrumente. Kommt mit einem Schläge ein populärer Quorist nicht nur am Rundfunk, sondern auch auf der Bühne geworden. Wo er auch immer auftritt, überall ausverkauft Häuser. Deshalb ist es ratsam, die Eintrittskarten rechtzeitig im Vorverkauf von Reinhold Koch zu bestellen.

Konzert der Sängerschaft „Friedericiana“

Halle der Universität.

Das geistige Konzert erhielt seine besondere Stimmung durch den langjährigen Dirigent der Sängerschaft, Dr. Ludwig von Lettow, vor seinem Wegzug nach Danzig vor seinem letzten Auftreten.

Wieder fand man von ihm ein gelegenes wie interessantes Programm auf dem Programm, das außer drei reizenden Redebeiträgen außer sehr sehr empfindliche Märschchen von Thulke und einige alte, frische Liedchen brachte, deren letzter Dirigent selbst für „Friedericiana“ gedacht war.

Die Verdienste Dr. Kraus' um seine Sängerschaft ist allem darin zu sehen, daß er ständig verfuhr, daß ihm zur Verfügung stehende, stets dem Wechsel unterworfenen, noch so vielen Märschchen und die im Laufe der Jahre gesammelten Erfahrungen im Märschchenwesen auch hier zu verwerthen. So auch seinen Leistungen zustande, die nach den Hauptleistungen, die eine capella „Friedericiana“ — namentlich nach der dynamischen (musikalischen) Seite hin — viel Freude machen und dem Dirigenten großes Wohl erkennen ließen. Märschchenmacher man auch heute gerät, die mit Ausnahme der „Friedericiana“ — die Grenze des Nennens in keiner Weise überschreitet.

Der Geist des Abends war Dr. Friedric Biol, allem stimmlich in einer Weise aufgeleitet war, wie wir es immer an ihm kennen. Höflichst und ergiebigste Fortsetzung stand diesmal ein piano feiner Kultur und Kultur (sonders in der Höhe) gegenüber, so daß man die kleinen Seiten mit mittlerer Tonsetzung gern bezog. Das er sich auch als Meister der Gestaltung erweist, ist selbstverständlich. Auf „gemüthsgebenden“ Kantus „Von der alten Pfaffen“ (Kantus) geht es über die Pfaffen in den Pfaffen — der viel frischer und tiefer hätte sein müssen — über das Ziel hinaus. Um dieses er einige Volkslieder und eine herrliche Eichenoffenbarung. Auch Dr. Kraus war als Regisseur in guter Verfassung.

Reise wurden von dem fast beständig ohne empfindliche, ganz besonders natürlich als Scheidender Dr. Kraus, der Sängerschaft einen reichen Kranz als Gabe des Dankes und Anerkennung überreichte.

Dr. Alfred F.

Wie wird das Wetter?

Von der amtlichen Bericht sagt

Die Fortdämmung der sehr kalten Luftmassen hat über Deutschland weitere Fortschritte gemacht, so daß die Temperaturen jetzt höher als -10 Grad liegen.

Nur im Süden und Südwesten des Reiches sowie in Ostpreußen ist noch immer flüchtiger Winter gemeldet. Der Frost im nördlichen, im westlichen und im südlichen Teil der Donau nordwärts vorgerückte Luftmassen sieht vor seinem Abbruch, und damit werden Schneefälle an Ergiebigkeit geringer werden und schließlich aufhören. Trift dann Aufräumen ein, so können sich die Temperaturen, die zunächst langsam zurückgehen, noch ein wenig erhöhen.

Die wichtigsten Nachlässe der Schneefälle und nachgelassenen Kälteperioden, Temperaturen sinkend.

In Halle meldet die Wetterbeobachtungsstelle des Landwirtschaftlichen Instituts - 9,8 Grad als tiefste Temperatur der letzten Nacht.

Die Unfälle des Tages

Am Sonntag zwischen Heberlandbahn und Bahnhofs am Sonnabend nachmittag gegen 2.30 Uhr erfolgte an der Perseburger - Thüringer Straße ein Zusammenstoß zwischen einem Wagen der Heberlandbahn-Perseburger und einem Kraftfahrzeug. Der Kraftwagen ist beschädigt, Personen wurden nicht verletzt.

Am Sonntag morgen um 8.30 Uhr fiel in der Perseburger Straße der Führer eines Schneepfluges beim Reinigen des Gehweges vom Sitz, wobei er sich eine erhebliche Verletzung an der Brust erlitt. Der Verletzte wurde zur Anlegung eines Notverbandes ins Krankenhaus Pergamannstraße gebracht.

Am Morgen gegen 6.30 Uhr wurde an der Ecke Mittelwache ein Arbeiter des Städt. Gas- und Wasserwerks, als er den Wechsel einer Absperrleitung betrieb, durch den elektrischen Strom am linken Unterarm verbrannt. Der Verletzte wurde nach dem Elisabethkrankenhaus gebracht.

Am Sonntag gegen 6.30 Uhr wurde das Heberlandbahn-Comando nach einem Grundsturz in der Ludwigs- und zwischen getrennt lebenden Eheleuten verhaftet. Die Verhaftung wurde durch das Heberlandbahn-Comando durchgeführt, das von der Frau gefolgt wurde.

Am Sonntag gegen 6.30 Uhr wurde das Heberlandbahn-Comando nach einem Grundsturz in der Ludwigs- und zwischen getrennt lebenden Eheleuten verhaftet. Die Verhaftung wurde durch das Heberlandbahn-Comando durchgeführt, das von der Frau gefolgt wurde.

Am Sonntag gegen 6.30 Uhr wurde das Heberlandbahn-Comando nach einem Grundsturz in der Ludwigs- und zwischen getrennt lebenden Eheleuten verhaftet. Die Verhaftung wurde durch das Heberlandbahn-Comando durchgeführt, das von der Frau gefolgt wurde.

Am Sonntag gegen 6.30 Uhr wurde das Heberlandbahn-Comando nach einem Grundsturz in der Ludwigs- und zwischen getrennt lebenden Eheleuten verhaftet. Die Verhaftung wurde durch das Heberlandbahn-Comando durchgeführt, das von der Frau gefolgt wurde.

Am Sonntag gegen 6.30 Uhr wurde das Heberlandbahn-Comando nach einem Grundsturz in der Ludwigs- und zwischen getrennt lebenden Eheleuten verhaftet. Die Verhaftung wurde durch das Heberlandbahn-Comando durchgeführt, das von der Frau gefolgt wurde.

Am Sonntag gegen 6.30 Uhr wurde das Heberlandbahn-Comando nach einem Grundsturz in der Ludwigs- und zwischen getrennt lebenden Eheleuten verhaftet. Die Verhaftung wurde durch das Heberlandbahn-Comando durchgeführt, das von der Frau gefolgt wurde.

Am Sonntag gegen 6.30 Uhr wurde das Heberlandbahn-Comando nach einem Grundsturz in der Ludwigs- und zwischen getrennt lebenden Eheleuten verhaftet. Die Verhaftung wurde durch das Heberlandbahn-Comando durchgeführt, das von der Frau gefolgt wurde.

Am Sonntag gegen 6.30 Uhr wurde das Heberlandbahn-Comando nach einem Grundsturz in der Ludwigs- und zwischen getrennt lebenden Eheleuten verhaftet. Die Verhaftung wurde durch das Heberlandbahn-Comando durchgeführt, das von der Frau gefolgt wurde.

Am Sonntag gegen 6.30 Uhr wurde das Heberlandbahn-Comando nach einem Grundsturz in der Ludwigs- und zwischen getrennt lebenden Eheleuten verhaftet. Die Verhaftung wurde durch das Heberlandbahn-Comando durchgeführt, das von der Frau gefolgt wurde.

Am Sonntag gegen 6.30 Uhr wurde das Heberlandbahn-Comando nach einem Grundsturz in der Ludwigs- und zwischen getrennt lebenden Eheleuten verhaftet. Die Verhaftung wurde durch das Heberlandbahn-Comando durchgeführt, das von der Frau gefolgt wurde.

Am Sonntag gegen 6.30 Uhr wurde das Heberlandbahn-Comando nach einem Grundsturz in der Ludwigs- und zwischen getrennt lebenden Eheleuten verhaftet. Die Verhaftung wurde durch das Heberlandbahn-Comando durchgeführt, das von der Frau gefolgt wurde.

Am Sonntag gegen 6.30 Uhr wurde das Heberlandbahn-Comando nach einem Grundsturz in der Ludwigs- und zwischen getrennt lebenden Eheleuten verhaftet. Die Verhaftung wurde durch das Heberlandbahn-Comando durchgeführt, das von der Frau gefolgt wurde.

Die „Geschäfte“ einer Verkäuferin

Sie stahl Ware und verkaufte sie — Große Diebstahlsaffäre in einem halle'schen Kaufhaus

Bei einer großen halle'schen Konfektionsfirma entbedete man in der vorigen Woche, daß zwei wertvolle Pelze, und zwar Damenpelze, verschwunden waren. Als die Nachforschungen der Firma selbst erfolglos blieben wandte man sich an die Kriminalpolizei, damit diese nunmehr den mysteriösen „Einbruch“ aufkläre.

Der zuständige Kommissar legte nach Untersuchung des Falles sofort lebhaft Zweifel daran, daß hier fremde Hände am Werke gewesen sein könnten. Bald fiel auch der Verdacht auf eine Verkäuferin, und man schritt zur Hausdurchsuchung auf diese Angestellten. Die Durchsuchung ihrer Wohnung brachte denn auch alle möglichen Dinge, die sämtlich der geschädigten Firma gestohlen waren, zum Vorschein, Kleider und Pelze, wenn auch nicht die gestohlenen. Weiterhin machte man die Entdeckung, daß die halle'sche Verkäuferin einen regelrechten Großhandel mit den ge-

stohlenen Waren betrieben hatte: Sie verkaufte alles in ihrem Bekanntenkreise, ja, einzelne „Kunden“ belieferte sie mit Pelzebüchsen, gegenwärtig im Gesamtwerte bis zu 1500 Mark! Der Kriminalpolizei gelang es, bisher Waren im Werte von etwa 7000 bis 8000 Mark festzustellen. Man nimmt an, daß die Käufer beim Erwerb des Diebesgutes gutgläubig waren; die „großzügige“ Angelei machte ihnen nur, sie als Verkäuferin könne billiger zu den Dingen kommen als reguläre Käufer.

Die Diebstahlsaffäre wurden nur dadurch möglich, daß die ungetreue Angestellte in raffiniertester Weise Raffenzettel fälschte, ohne daß dies sofort bemerkt wurde. Das junge Mädchen wurde verhaftet festgenommen, die Fälschung nach den zwei noch immer fehlenden Pelzen, die die Entdeckung der ganzen Angelegenheit brachte, geht weiter und wird jedenfalls in den nächsten Tagen zur Wiederergründung führen.

Der Mittelstand kämpft um seine Existenz

Protektionierung des mittelständigen Gewerbes gegen falsche Regierungspolitik

Der Mitteldeutsche Handwerkerbund, der Haus- und Grundbesitzervereine, die Vereinigung der Geschäftswirte und schließlich die Gemeinschaft der Einzelhändler hielten am Sonntag vormittag unter großer Anteilnahme der interessierten Kreise im Rathaus und C. T. O. Ulrichstraße Kundgebungen ab unter der Parole: „Für Erhaltung und Freiheit der Handwerker!“ Unter den Redneren fand man auch eine Fülle von Vertretern des halle'schen Magistrats sowie anderer Lokalbehörden.

Den Kern der Tagung bildete das Referat des Landtagsabgeordneten Freireisemeisters Schöweger-Magdeburg. Er führte ungefähres folgendes aus: Der Mittelstand hat die heutige Staatsform bejahen. Ihm ist staatliche Schutz für seine Interessen versprochen worden. Dieses Versprechen ist 10 Jahre hindurch nicht eingehalten worden. Der Vortragende verlangt, daß der Reichstagsminister Dr. Hilferding den neuaufragenden Listen entgegentritt, oder aber sein Amt niederlegt. (Bravo-Rufe.) Der Redner verwirft die Finanzpolitik des Staates: auf der einen Seite gemahnt dieser Rechte, auf der anderen Seite drückt er mit Steuern. Ein solches System führt zur Unfreiheit und solches Verhalten des Staates widerspricht der deutschen Rechtsauffassung. Der Referent verzichtet auf staatliche Hilfe, er fordert vielmehr zur Selbsthilfe auf. Diese besteht darin, daß beim Mittelstand und nicht bei den sozialisierten und kommunizierten Betrieben gekauft wird; denn nur dann bleibt der Mittelstand konkurrenzfähig und hat weite Existenzmöglichkeit. (Anhaltender Beifall.) Im übrigen stellte der Vortragende folgende

Vorderungen zum Schutz des mittelständigen Handwerks:

1. Abänderung und bürgerlich-mäßige Gestaltung des Dawes-Planes. Der Staat muß dabei wissen, was er dem Feindbündnis ermöglicht zu geben hat.

2. Die finanzpolitische Forderung des Finanzausgleiches. Eine Erhöhung des Gemeindefiskus ist zu vermeiden; der Bau von Stahlfabriken, Stadien ist zwar nicht überflüssig, aber zuerst höchst ungewinnbringend. (Anhaltender Beifall.) Es ist zu fordern Einführung der Wuchsführungsverpflichtung für sämtliche Handwerker, um falsche Höchstpreisangaben seitens des Finanzamtes zu vermeiden!

3. Vereinfachung und Vereinfachung der Steuerrecht. Dazu gehören Schaffung eines jeden deutschen Mann verständlichen Gesetzesbuches und Zusammenlegung der

„Student und Deutschnationaler Partei“

Professor Stiese spricht vor der halle'schen Studentenschaft.

Am Mittwoch fand im „St. Nikolaus“ der 2. Vortrag, abend der zu Beginn des Semesters gegründeten Deutschnationalen Studentengruppe der D.N.P. statt; stud. Diese leitete wiederum den Abend.

Professor Dr. Dr. Stiese, der durch seine Reichspräsidentenrede erst kürzlich hervorzugetreten, sprach über das Thema „Student und Deutschnationaler Volkspartei“. Was der Redner sagte, kam aus dem Herzen und ging zu Herzen. Nichts von Parteibild oder Wahlzettel, sondern klar und sachlich sprach er und so überzeugend, daß auch politische Andersgänger sich seinen Ausführungen nicht verschließen konnten. Er führte etwa aus: „Der Student der Vorkriegszeit kümmerte sich wenig um Politik, da er noch nicht wußte, daß der Student von heute hat das Wahlrecht und damit die Verantwortlichkeit, sich mit den Vorgesetzten in der Politik vertraut zu machen, um eine eigene Meinung zu haben.“ Doch einer kurzen geschichtlichen Einleitung kam der Redner auf die Gründung der Deutschnationalen Partei und die erste Gründung einer Deutschnationalen Studentengruppe im Jahre 1919 in Halle zu sprechen. Vorgegeben sei unter anderem, daß die frühere Deutschnationalen Studentengruppe den Hochschulrat deutscher Art ins Leben rief. Der junge Akademiker habe die Pflicht, für das Vaterland im Staat, ohne Rücksicht auf eine ihm genehme oder nicht genehme Meinung, mitzuarbeiten, wie ja auch Offiziere und Studenten den heutigen Staat, die heutige Republik, seiner Zeit vor dem Zusammenbruch geschützt und gestützt haben um der Vaterlands willen. Die Deutschnationalen Volkspartei hat als obersten Grundba, Vaterland und Nation über alles zu setzen hat. Wir müssen auf nationale Interessen hin alle Parteinteressen zurückstellen! Als Beispiel für solche Bestimmung wies der Redner auf den Reichs-

finanzbehörden; denn die vielen Inzulagen vergeuden Zeit und Kraft im Amtensstreitigkeiten und konzentriert dadurch die Bevölkerung. (Wiederum anhaltender Beifall.)

Eine praktische Verwaltungsreform. Diese gilt nicht nur hinsichtlich aufzulösen, sondern muß den Zweck einer allgemeinen Zentralisation verfolgen. Sie ist geboten aus Sparfahndgründen. Das gehört werden können, glaube der Referent, daß die Bekämpfung beweisen zu können, daß 80 Prozent der Verwaltungsbeamten lediglich für die Bearbeitung der Frage da seien: „Sind wir zünftig?“

Einführung der Sozialpolitik. Diese geht jetzt zu weit und führt zu einer „hygienischen“ Erziehung von Faulpelzen“. Man denke, daß die soziale Bürokratie 5 Milliarden beansprucht!

Strenge Führung der „Schwarzarbeit“. Das Arbeits-schutzgesetz ist zu einseitig; es bestraft für „Heberarbeit“ befallend nur den Arbeitgeber. Der Vortragende stellte daher im Interesse einer praktischen Sozialpolitik die Forderung auf: in solchem Fall müsse auch der Arbeitnehmer empfindlich gestraft werden!

Nach diesen Ausführungen erhielt

als Vertreter des Haus- und Grundbesitzervereins das Wort. Er betonte, daß auch die Hausbesitzer in denselben Dilemma hinsichtlich der Folgen der falschen Steuerpolitik wären wie das deutsche Handwerk. Zu scharfer Polemik wandte er sich gegen die städtische Müllabfuhr und Straßenreinigung. Fernhin geradete sei die kommende Wertungsdachsteuer.

Von dem anschließenden Referat des Vorsitzenden des Gastwirtspörobingsverbandes ist die Einstellung dieser Kreise gegenüber dem Schankstättengesetz hervorzuheben. Dieses Gesetz, so führte der Referent aus, enthalte viel weniger den Charakter des Augenbühnes als vielmehr den der Protektionierung des Gewerbes.

Schließlich sprach noch ein Vertreter des Einzelhandels. Im großen und ganzen sprach er dieselben Mängel wie seine Vorgesänger aus. Auch er rief einen allgemeinen Zusammenstand aller Bedrängten und Leidenden an.

Am Ende der Versammlung einer all die Wünsche berücksichtigenden Entschließung, die an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden soll, fand die Tagung ihr Ende.

(Siehe auch Provinzialteil)

präsidenten sein, der auch heute noch die Ruhe seines Alters dem Staat opfert.

— **Bez in Jos.** Es wird darauf hingewiesen, daß der Verkauf für den „Bez im Zoo“ begonnen hat. Das allgemeine Interesse für das Best der bildenden Künstler Halle's ist so groß, daß mit einem sehr regen Besuch zu rechnen ist. Jeder sichere sich daher rechtzeitig Karten. Verkaufsstelle und Einzugsstellen im Verkehrs-büro Moller Turm und bei S. Graichen, Geißstraße 15, oder telefonisch.

— **Befragungsstelle des Mitteldeutschen Kunsthandwerkers Halle im Hansoban Ritter.** Wir möchten an dieser Stelle auf den morgigen, Dienstag, den 19. Februar, von 7.30 bis 8.30 Uhr abends stattfinden Kunsthandwerkers des Dr. A. Wiedert-Halle hinweisen; das Thema lautet: „Die direkte Naturfarbphotographie.“

— **Das Preisrettungsamt.** In dem Text zu dem Bilde der Siegerinnen des Preisrettungsamt sind einige Ungenauigkeiten unterlaufen. Es muß heißen: Vom 12. bis 14. Februar fand im „Deutschen Gesellschaftshaus“ ein Orts-Preisrettungsamt statt, um die richtige Lösung auf dem Gebiet zu ermitteln. Diese wird dann zum Vergleichsmittelstand entlassen, um schließlich, falls sie auch hierbei Siegerin war, am Reichsrettungsamt in Berlin teilzunehmen. In der Bild zeigt die Preisrettungsamt sowie die Damen des Frauenvereins und die Herren der städtischen Werke.“

Zufrieden sein sehr voraus, etwas mehr Interesse zeigen. So z. B. beim Einlauf von Saarländischen achte man — trotzdem es nur 30 Minuten sind — dennoch, das wirksamste und bestmögliche Mittel zu erhalten. Dies hat man sicher, wenn man ausdrücklich das milde Verhalten verlangt, damit regelmäßig seine Haare wäscht und dieselbe wunderbar verschönernden Seife zumal sehr beliebt.

Berlin am Märkte

Magdeburger Börse

18. 2.	18. 2.
Sachs. Länd. Pflanz. 4%	17.90
Magdeburg. Pflanz. 4%	17.90
Magdeburg. Pflanz. 4%	17.90
Magdeburg. Pflanz. 4%	17.90
Magdeburg. Pflanz. 4%	17.90
Magdeburg. Pflanz. 4%	17.90
Magdeburg. Pflanz. 4%	17.90
Magdeburg. Pflanz. 4%	17.90
Magdeburg. Pflanz. 4%	17.90
Magdeburg. Pflanz. 4%	17.90

Berliner Notierungen

18. 2.	18. 2.
100 Reichsmark	100.00

Metalle

18. 2.	18. 2.
Gold	100.00
Silber	100.00
Kupfer	100.00
Zinn	100.00
Wismut	100.00
Antimon	100.00
Platin	100.00
Rhodium	100.00
Palladium	100.00
Nickel	100.00

Schweizer Börse

18. 2.	18. 2.
Basel	100.00
Zürich	100.00
Genève	100.00
Bern	100.00
Lucerne	100.00
Schaffhausen	100.00
St. Gallen	100.00
Appenzel A. O.	100.00
Appenzel A. U.	100.00
Valais	100.00

Getreide und Produkte

18. 2.	18. 2.
Weizen	100.00
Roggen	100.00
Gerste	100.00
Hafer	100.00
Malz	100.00
Getreide	100.00
Produkte	100.00
Öl	100.00
Zucker	100.00
Wolle	100.00
Leinwand	100.00

Werkstoffe

18. 2.	18. 2.
Wolle	100.00
Leinwand	100.00
Seide	100.00
Werkstoffe	100.00
Chemikalien	100.00
Metalle	100.00
Werkstoffe	100.00
Chemikalien	100.00
Metalle	100.00

Deutsche Renten

18. 2.	18. 2.
Deutsche Renten	100.00

Deutsche Renten

18. 2.	18. 2.
Deutsche Renten	100.00

Dieh

18. 2.	18. 2.
Dieh	100.00

Berliner Devisen-Kurse

18. 2.	18. 2.
Berliner Devisen	100.00

Berliner Devisen-Kurse

18. 2.	18. 2.
Berliner Devisen	100.00

Arbeitslosenfrage

Arbeitslosenfrage im nächsten und künftigen Arbeiter in dieser Woche? Die Lage in dem Reich... (Text continues with discussion on unemployment and labor market conditions)

Eigene Funkmeldung.

18. 2.	18. 2.
Eigene Funkmeldung	100.00

Berliner Börse vom 16. Februar 1929.

18. 2.	18. 2.
Berliner Börse	100.00

Ohne Gewähr für H

18. 2.	18. 2.
Ohne Gewähr	100.00

